

den 3. März 1908.

Berlin, Dienstag,

Die Zeitung erscheint in der Woche zweifach.

Bezugs-Preis:

Wochenspreis für Berlin 7 Mk. 50 Pf. ohne Postlohn, für ganz Deutschland 9 Mk. Österreich 13 Kr. 82 Hll., Rußland 4 Rub. 55 Kop., Holland 7 Gld. 50 St.

Für Frankreich, Belgien, England, Schweiz, Amerika usw. Kreuzband-Erhebung 20 Mk. für das Vierteljahr. Bestellungen werden angenommen: Für England in London bei Messrs. Siegle 30 Abbe Street E.O. und Cowie & Co. 19 Broad Street E.O.

Berliner Börsen-Beitung.

Bestellungen werden angenommen bei allen

Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Als besondere Beilagen erscheinen:

Verdingungs-Anzeigen. Hotels- und Bäder-Anzeiger. Vollständige Verzeichnisse der Preussischen Klassen-Lotterie. Allgemeine Verlosungs-Tabellen mit Preisen-Listen und viele andere wichtige tabellarische Uebersichten.

Insertions-Gebühr:

Die viergespaltene Zeile 50 Pf. Restamteile 1 Pf.

Telegraphen-Adressen: Börsen-Zentrale.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 8., Kronenstraße Nr. 37. Annahme der Postkarte: In der Expedition.

Verantwortlicher:

Ant I, Nr. 243.

Dom Tage.

Der Reichstag überwiegt gestern die sogenannte große Gemeinverordnungs-Novelle (Heimarbeit) an eine besondere Kommission.

Das Abgeordnetenhaus erledigte gestern die Beratung des Etats des Ministeriums des Innern; heute wird über die Ostmarken-Vorlage verhandelt.

Prinz Heinrich der Niederlande wird auf Einladung Kaiser Wilhelms am 7. d. M. in Wilhelmshafen dem Stapellauf eines neuen Panzerschiffes beimohnen.

Hauptmann von Goeben in Allenstein verübte gestern nachmittags Selbstmord durch Öffnung einer Halskugelader.

In den Warenmagazinen des Hafens von Konstantza wütete gestern ein großer Brand. Der Schaden wird auf eine Million geschätzt.

wird zugestehen müssen, daß durch Beschränkungen auf dem Gebiete dieses Reiches starke Volksbewegungen noch kaum jemals auf die Dauer eingedämmt worden sind. Es hat wohl noch nie in neuerer Zeit eine stärkere Weintrübschlagung staatsbürgerlicher Rechte gegeben, als innerhalb der zwölf Jahre von 1878 bis 1890 durch das Sozialistengesetz. Und daß diesem gelungen sei, was damit bezweckt wurde: eine nachhaltige Niederhaltung der sozialdemokratischen Bewegung, das zu behaupten werden wohl heutzutage nicht allzu viele den Mut haben. Die Tatsachen sprechen gegen eine derartige Annahme zu laut. Und gleichzeitig haben die Tatsachen gelehrt, daß es erst dann, im Januar 1907, gelang, in jener Bewegung einen Rückschlag zu erzwingen, als sich die von ihr bedrohte bürgerliche Gesellschaft auf ihre eigene Kraft besann und entschlossen zur Selbsthilfe schritt.

Und auch in der Gegenwart wird auf einen Erfolg nicht eher zu rechnen sein, ehe nicht das Deutschum sich auf sich selber besinnt und ebenfalls von den Mitteln der Selbsthilfe Gebrauch macht. Die „Kreuz-Ztg.“ spricht davon in ihrer vorerwähnten Mischung freilich mit geringe Schätzung. Sie legt keine Hoffnung auf die Energie und Fähigkeit der deutschen Bevölkerung in der Ostmark. Diese Bevölkerung hat — so sagt das genannte konservative Blatt — „gegenüber der Selbsthilfe der Polen sich allzusehr auf die Regierungshilfe verlassen und ist so wenig organisiert, fühlt sich so wenig solidarisch, daß man nur mit Sorge den Wirkungen entgegensehen kann, die das Enteignungsgesetz auf die weitere innere Festigung des Polentums ausüben wird.“

Es liegt in alledem nur allzuviel Wahrheit. Jeder Zweifel daran muß zurücktreten, wenn man sich vor Augen führt, in welcher Weise und in welchem Umfange die bisherige, nimmer sich über mehr als zwanzig Jahre, seit 1886, erredende „Regierungshilfe“ von einem Teil der Deutschen in den Ostmarken nicht als willkommene Unterstützung der Selbsthilfe im Kampfe gegen das Polentum gemietet, sondern statt dessen egoistisch ausgebeutet wurde. „Beschämender für uns Deutsche (als die gesellschaftliche Gerechtigkeit reicher Polen, die der An siedelungs-Kommission opferfreudig durch Ankauf um jeden Preis Kontraktur machten) ist die Ausnutzung der Gewinnlust deutscher Grundbesitzer durch Wiederkauf.“ Wörtlich so, und unter Angabe nicht anzuzweifelnder Einzelheiten, schrieb die „Kreuz-Zeitung“ vor Wochen in einer Artikelserie über den Kampf um den Boden in der Ostmark. „Beschämend und skandalös“ seien solche Zustände. Und sie waren in der Tat beschämend und skandalös. Auch nicht etwa erst in letzter Zeit, sondern schon seit langem. Hatte doch schon anno 1894 in demselben hochkonservativen Organ, freilich damals „unter dem Strich“, ein Pastor in seinen „Erinnerungen aus meiner dreißigjährigen Arbeit in den deutschen Ansiedelungen der Provinz Posen“ wörtlich urteilen müssen: „In einem Stücke waren die meisten einig, darin nämlich, daß die An siedelungs-Kommission ihre missende Aufgabe sei, die so lange gemolten werden müßte, als sie noch einen Tropfen Milch gebe.“

Der Zweifel an dem ersten Willen der Selbsthilfe, den man jetzt in dem ärtlichen Blatte begegnet, hat also eine gewisse Berechtigung. Um so mehr aber wird es sich erweisen, daß die Gefahr inzwischen eine unvergleichlich größere geworden ist und die Enteignung gleichsam als allerletztes Mittel der Regierungshilfe hat herhalten müssen, das Deutschum in den Ostmarken sich zur Selbsthilfe aufzurufen haben. Denn wenn diese nicht zur staatlichen Hilfe ergänzend hinzutritt, darf man sich auch von der Enteignungsbefugnis keinen durchschlagenden Gewinn für das Deutschum in den Ostmarken versprechen.

Telegramme.

Königsberg, 2. März. (E. Z. G.) Heute fand hier über die Frage der Verwendung von Strafgefangenen bei Landesfiskusarbeiten und in der Landwirtschaft eine kommissarische Beratung unter dem Vorsteher des Oberpräsidenten von Mählen statt. An der Konferenz beteiligten sich neben den Vertretern der staatlichen und provinziellen Verwaltungs- und Justizbehörden sowie der heimischen Landwirtschaft auch Kommissare des Justizministers und des Ministers für Landwirtschaft. Ueber die gefaßten Beschlüsse verlaute einwärtlich noch nichts Bestimmtes. Es dürfte jedoch anzunehmen sein, daß die Beratungen zur Klärung der Verhältnisse beigetragen und für zweckdienliche Maßnahmen den Boden gebnet haben.

Altenstein, 2. März. (E. Z. G.) Die „Altenst. Ztg.“ meldet: Heute nachmittags 4 Uhr hat Hauptmann von Goeben durch Öffnung der Halskugelader Selbstmord verübt. Der um 5 Uhr erschienene Arzt konnte nur noch den inzwischen eingetretenen Tod feststellen. Trotz schärfster Bewachung ist es Hauptmann von Goeben heute nachmittags, wahrscheinlich zwischen 3 und 4 Uhr, gelungen, sich während des Essens die rechte Halskugelader zu durchschneiden, jedoch beim Eintreffen ärztlicher Hilfe der Tod durch Verbluten bereits eingetreten war.

Frankfurt a. M., 2. März. (E. Z. G.) Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Bukarest: Im Hafen von Konstantza wütet ein großer Brand in den Warenmagazinen. Der Schaden wird auf eine Million geschätzt. Die Petroleumlager sind unberührt.

Frankfurt a. M., 2. März. (E. Z. G.) Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus New-York: In Tampa (Florida) sind fünf große Zigarrenfabriken und dreihundert andere Häuser niedergebrannt.

Weinheim, 2. März. (E. Z. G.) Amtliche Meldung. Der Personenzug Nr. 910 von Frankfurt nach Heidelberg fuhr heute vormittags 7 1/2 Uhr beim Vorziehen ins Ueberholungsgleis des Bahnhofs Weinheim einer Rangiermaschine in die Pflanze, beschädigte die Zuglokomotive leicht, brachte den Packwagen zur Entgleisung, sie selbst entgleiste. Einziges Unglücks war bis nachmittags 3 Uhr gesperrt. Der Verkehr wurde im westlichen Hauptgleis und östlichen Ueberholungsgleis aufrecht erhalten. Personen sind nicht verletzt worden.

Strasbourg i. G., 2. März. (E. Z. G.) Das Zentralbureau der Internationalen Soziologischen Assoziation teilt mit, daß der Beitritt Frankreichs zur Internationalen Soziologischen Assoziation, der von der französischen Regierung im Jahre 1907 grundsätzlich beschlossen war, jetzt nach einem Schreiben des Ministers Wilson an den deutschen Botschafter in Paris, Fürsten Radolin, endgültig beschlossen wurde, und zwar auf die Dauer von acht Jahren. Die Zahl der assoziierten Staaten ist damit auf 32 gestiegen.

Saarbrücken, 2. März. (E. Z. G.) Der Arbeitgeberverband des Eisergewerbes im Saargebiet hat heute sämtliche Gehilfen, 500 bis 600 an Zahl, ausgesperrt, nachdem die Verhandlungen auf Erneuerung des am 29. Februar abgelaufenen Vertrages zwischen den beiderseitigen Organisationen infolge erhobter Forderungen der Arbeiter gescheitert waren.

Saar, 2. März. (E. Z. G.) Prinz Heinrich der Niederlande wird sich, einer Einladung Kaiser Wilhelms folgend, am 7. d. Mts. nach Wilhelmshafen begeben, um dem Stapellauf eines neuen Panzerschiffes beimohnen.

Saar, 2. März. (E. Z. G.) Ein nationales Komitee hat im Namen von 10 000 einheimischen und auswärtigen Mitgliedern dem Prinzen Heinrich der Niederlande eine Erinnerungsmedaille mit Album angeboten, als Guldigung für sein mutiges und menschenfreundliches Verhalten bei der Katastrophe des Dampfers „Berlin“.

Paris, 2. März. (E. Z. G.) Ministerpräsident Clemenceau, der Minister des Meeres Reich, der Kriegsminister Biquart, der Marineminister Thomson, General Chautey und der französische Gesandte in Tanger Regnault werden heute nachmittags zu einer Konferenz zusammentreten. Morgen wird der Ministerrat im Elysee die Beschlüsse der Regierung feststellen. General Chautey hat, über die Lage in Casablanca befragt, erklärt, er könne nach Durchsicht

Ihr Ostmarken-Frage.

Der Kampf um die Polendvorlage im preussischen Landtage, der am vorigen Donnerstag im Herrenhaus mit einem Siege des Fürsten Bülow geendet hat, wird heute im Abgeordnetenhaus voraussichtlich aus seinen formalen Schranken finden. Das daselbst noch irgend welche Schwierigkeiten entstehen könnten, darf als ausgeschlossen betrachtet werden. Polen und Zentrum werden natürlich ihre Proteste erneuern, und die Freisinnigen werden ihre grundsätzliche Gegnerchaft gegen eine Expropriation aus politischen Rücksichten nochmals markieren, aber es wird ihnen nichts nützen, und da sie hier von sich selber überzeugt sind, werden sie sich hoffentlich mit relativ kurzen Erklärungen begnügen. Ob das alsdann endgültig beschlossene Gesetz für den nationalen Verteidigungskampf an der Ostmark ausreichen wird, das ist eine andere Frage. Eine Frage, die auch von denen nicht vorbehaltlos bejaht wird, die — zum Teil mit schwerem Herzen — zu dem Enteignungsprinzip ihre Zustimmung erteilt haben. Es geht zwar nicht an Vereinzelten, die die Polendvorlage überhaupt nicht für so drohend halten, als sie namentlich auch von Seiten der Regierung geschilbert worden ist. Hat doch in dem führenden Organ der Konservativen ein Mitglied des Herrenhauses, Graf Hohenhausen-Hohenriesnik, noch vor wenigen Tagen die Besorgnis bekundet, als könnten zwei Millionen Polen im Ernste gegen die anderen 58 Millionen Deutsche im Reiche aufkommen. Aber wenn er von einer Aufspaltung der Polendvorlage sprach, so gab er andererseits selber zu, daß er sich des „etwas feyerlichen“ Charakters dieser seiner Ansicht wohl bewußt sei, womit er doch nur hat meinen können, daß er in diesem Punkte, hinsichtlich einer Polendvorlage an sich, mit seinem Urteil ziemlich allein dazustehen glaube. Und in diesem Glauben wird er ja wohl recht haben. Denn nicht einmal von dem Gros seiner eigenen Parteigenossen wird das Vorhandensein einer ersten Gefahr, wie sie in den Zuständen in den Ostmarken liegt, in Abrede gestellt.

Darüber, was etwa noch außerdem — d. h. neben der jetzt ernstlichsten Handhabung der Enteignungsbefugnis — zu geschehen hätte, dürften die Ansichten freilich auseinandergehen. Wenn das leitende Organ der Konservativen Preussens in seiner neuesten Mission über die innere Politik der infaltreichen letzten Woche erneut darauf hinweist, daß allein die Reichsgesetzgebung die geeigneten Waffen liefern könne, Waffen, hinsichtlich deren man augenscheinlich an den § 7 des Reichs-Vereins-Gesetzes denken soll, so ist das eine Auffassung, über deren Wichtigkeit man jedenfalls in Zweifel sein kann. Selbst vor diesen Sprachenparagrafen in dem neuen Reichs-Vereins- und Versammlungsrecht mit hinterzuschließen genommen ist,